

eine Taktverdichtung, eine enorme Mehrbelastung der Menschen dort an dieser Linie durch Lärm, und alles andere wird wahrscheinlich nicht mehr stattfinden.

(Jochen Ott [SPD]: Unglaublich!)

Das, Herr Lehne, ist eine ganz konkrete Antwort. Jetzt beschlen Sie mal Ihre Schuhe, gehen Sie nach Berlin und tun Sie dort etwas!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Voigtsberger. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir sind am Ende der Debatte.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 15/480** an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr**. Die abschließende Beratung soll in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt der Überweisung zu? – Stimmt jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig überwiesen.

Ich rufe auf:

3 Fortschrittmotor Klimaschutz: Erlöse aus dem Emissionshandel für den Strukturwandel in NRW nutzen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/476

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der SPD Herrn Kollegen Stinka das Wort.

André Stinka (SPD): Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nordrhein-Westfalen ist ein Land, dessen wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Struktur sich wie in kaum einem anderen Bundesland in der Bundesrepublik verändert und erneuert hat. Man kann also sagen, wir haben Erfahrung mit Strukturwandel. Er ist nie vorbei und er definiert sich immer neu, auch wenn Frau Thoben, die mittlerweile zum Glück nicht mehr Kabinettsmitglied ist, immer das Gegenteil behauptet hat.

In den letzten Jahren kristallisiert sich immer mehr heraus, dass die Länder und Regionen, die sich den Herausforderungen steigender Energiepreise und des Klimawandels stellen und sie aktiv angehen und gestalten, Gewinner und Nutznießer des aktuellen Strukturwandels im Bereich der Klimapolitik sein werden. Dieser Wandel betrifft alle Bereiche unserer Gesellschaft, insbesondere aber auch die wirtschaftliche Kraft unseres Bundeslandes.

An die Kolleginnen und Kollegen der CDU und FDP gerichtet muss ich leider sagen: Wir haben bereits im vergangenen Jahr – leider vergeblich – immer wieder angemahnt, dass wir bessere Förderprogramme brauchen, damit sich Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Privatleute am Klimaschutz und an den Möglichkeiten der Energieeinsparung beteiligen können. So werden sie fit für die Zukunft, um beispielsweise Ausgaben für Wärme zu senken und neue Energiequellen zu bekommen.

Wir erinnern uns alle an die Ergebnisse der Enquete-Kommission der vergangenen Wahlperiode. CDU und FDP waren leider immer auf dem falschen Dampfer, wie wir gestern gesehen haben, indem sie zu stark in Richtung Kernkraft geblickt haben.

Unser Vorschlag lautete damals schon: Lasst uns zur Finanzierung die Einnahmen aus dem bundesweiten Emissionshandel nehmen und in Nordrhein-Westfalen generieren, damit wir den Fortschrittmotor Klimaschutz hier in Nordrhein-Westfalen organisieren. Unsere damalige Aufforderung an die inzwischen abgewählte Landesregierung aus FDP und CDU wurde abgelehnt. Sie waren die Einzigen, die in der bundesweiten Debatte um die Zertifizierung immer auf ein totes Pferd gesetzt haben, wie wir damals schon sagten, Herr Brockes. Sie waren das. Heute stehen Sie im Abseits, wenn es um moderne Zukunftstechniken geht.

Wir haben dadurch einen langen Zeitraum verschenkt. Das ist schade. Wir erinnern uns nach der Wahl daran, was wir auf diesem Feld versprochen haben ...

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Herr Brockes, Sie können gleich hier reden. Es wird dadurch nicht besser.

... und wollen uns jetzt diesem Projekt widmen. Lassen Sie uns einen kurzen Augenblick auf das Projekt schauen.

Schon heute nimmt die Bundesrepublik Deutschland zwischen 500 Millionen € und 1 Milliarde € durch die Versteigerung der CO₂-Zertifikate ein. Wenn mit Beginn der Handelsperiode im Jahr 2013 die Zertifikate nicht mehr verschenkt werden, sondern verkauft werden müssen, können Einnahmen in einer geschätzten Höhe von 10 Milliarden € erzielt werden.

Diese Erlöse aus den Auktionen stehen den Mitgliedsstaaten im Umfang der tatsächlichen Emissionen zu und werden voll von der Bundesregierung beansprucht. Eine Beteiligung der Bundesländer ist nicht vorgesehen.

Wir alle haben im vergangenen Jahr gelernt: 44 % der Emissionen stammen von nordrhein-westfälischen Unternehmen; denn wir haben besonders energieintensive Industrien und sind Standort für Energiewirtschaft. Das bedeutet, 4 bis 5

Milliarden € werden jährlich in den Bundeshaushalt fließen.

Die Vorschriften der EU schreiben eine Nutzung von 50 % der Mittel für den Klimaschutz vor. Der Rest ist leider nicht zweckgebunden. Es bestehen aber Gestaltungsmöglichkeiten. Es können zum Beispiel Investitionszuschüsse von bis zu 15 % der gesamten Investitionskosten für den Bau neuer hochinnovativer Kraftwerke genutzt werden. Es können auch Kompensationszahlungen für besonders energieintensive Unternehmen geleistet werden, weil bei ihnen die Gefahr der Abwanderung aus der EU bestehen könnte, wenn sie im Wettbewerb stehen.

Ich erinnere auch an das sehr industriefeindliche Vorgehen bzw. die Überlegungen innerhalb der Bundesregierung, gerade den stromintensiven Industrien die Möglichkeit der Einpreisung zu nehmen und damit Arbeitsplätze zu vernichten, Herr Brockes.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Wir sind der Meinung:

Erstens. Dieses Geld muss nach dem Ausgleich der Mindereinnahmen des Bundesfinanzministeriums aufgrund geringerer Gewinnsteuern zur Gänze in den Klimaschutz fließen. Wenn wir sagen, wir wollen diese Mittel für den Klimaschutz nutzen, dann muss der Gesetzgeber klarstellen, dass auch Klimaschutz damit ermöglicht werden muss, wenn Klimaschutz draufsteht. Das macht Politik häufig falsch.

Zweitens. Es kann nicht sein, dass jährlich Milliarden von Euro aus Nordrhein-Westfalen in die Taschen des Bundesfinanzministers – mit neuem Pressesprecher – abfließen, der entweder tolle Projekte an der Nordseeküste oder in Baden-Württemberg finanziert. Der Wirtschaftsausschuss hat sich in der vergangenen Wahlperiode angesehen, was die Baden-Württemberger mit diesen Einnahmen machen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Oder die Einnahmen werden sogar zweckentfremdet zum Stopfen von Haushaltslöchern oder möglicherweise zur Finanzierung von schwarz-gelben Steuersenkungen für Besserverdienende genutzt. Wir wollen Finanzmittel für Projekte vor Ort im Land halten.

Ich möchte noch einmal auf den Strukturwandel eingehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir meinen es ernst. Nordrhein-Westfalen ist heute ein starker Standort. Er ist geschwächt durch fünf Jahre Schwarz-Gelb. Es ist ein starker Standort im Bereich der Energietechniken, der Effizienztechniken und in der Industrie. Er ist und wird wieder ein Standort für erneuerbare Energie werden. Davon hängen Hunderttausende neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze ab.

Wir wollen erreichen, dass diese Effizienztechniken und Energieeinspartetechniken weiter unterstützt werden; denn das sind Zukunftsinvestitionen. Das gilt nicht für die Investitionen in Castor-Transporte und Atomtechnik, über die wir gestern gesprochen haben.

Es geht im Übrigen auch um Gerechtigkeit. Das ist ein Wort, welches man – auch nach den Erfahrungen aus der Enquete-Kommission – bei CDU und FDP leider zu selten liest. Mir liegt an dieser Umweltgerechtigkeit und Energiegerechtigkeit sehr viel. Es sind häufig die Menschen mit geringem Einkommen, die beispielsweise bei den Klimafolgen oder bei hohen Energiepreisen Probleme haben. Diesen Menschen in der Gesellschaft müssen wir es ermöglichen, dass sie das Geld nicht in schlecht isolierten Wohnungen aus dem Fenster heizen. Dieses Problem ist groß.

Deswegen wollen wir ein Investitionsprogramm, welches es den Menschen ermöglicht, sozialverträglichen Wohnungsbau zu nutzen, Häuser zu sanieren und erneuerbare Energien einzusetzen, um langfristig Geld zu sparen und die Heizkostenabrechnung zu drücken. So ist das in Nordrhein-Westfalen ganz konkret.

Dies hilft der Wirtschaft, dem Mittelstand, den Handwerkern, den Mietern und den Hausbesitzern, weil wir über eine Wertsteigerung sprechen. Das ist ein ganz pragmatischer Ansatz, wenn es um Klimawandel geht.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Wir können das hier in Nordrhein-Westfalen nicht alleine entscheiden. Dazu bedarf es Neuregelungen auf Bundesebene. Wir als SPD-Fraktion sind aber froh, dass wir die Landesregierung an unserer Seite wissen, sie sich dieser Probleme bewusst und auf Bundesebene mit Nachdruck dabei ist, die Änderungen betreffend die Finanzierung durchzusetzen. Ich freue mich auf die Beratung des Antrags. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Stinka. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Brems das Wort. Bitte schön.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Emissionshandel ist eines der marktbasieren Elemente der Klimapolitik, das Effizienz und Klimaschutz unter einen Hut bringen kann. In diesem Sinne sollten sich insbesondere die Anhänger des Marktliberalismus mit diesem Instrument anfreunden können.

Ob aus diesem Potenzial aber tatsächlich ein Beitrag zur effizienten Erreichung der CO₂-Minde-

rungsziele wird, hängt direkt von der Ausgestaltung des Handelssystems ab. Die Ökonomen unter Ihnen werden mir also recht geben, dass die kostenlose Zuteilung, also das Verschenken der Zertifikate an die großen Verschmutzer, allokatoren-technisch keinen Sinn ergibt.

Daher freue ich mich sehr, dass auf Druck der EU in der dritten Handelsperiode ab 2013 der Anteil der zu versteigernden Zertifikate drastisch erhöht wird. Das bedeutet nämlich auch, dass Einnahmen von bis zu 10 Milliarden € jährlich aus dem Emissionshandel zu erwarten sein werden. Leider wurden diese möglichen Einnahmen in den letzten Jahren allerdings verschenkt. Insbesondere die Energieerzeuger konnten durch die Einpreisung dieser nicht vorhandenen Kosten damit riesige Gewinne einfahren.

Aus klimapolitischer und ökonomischer Sicht ist die Versteigerung der Zertifikate die einzige Möglichkeit, die Emissionen dort einzusparen, wo es am billigsten ist. Oder warum sollte ein altes Kohlekraftwerk die Berechtigung erhalten, seine gewaltigen Emissionen in die Luft zu jagen, ohne für den Großteil auch nur einen Cent berappen zu müssen? Auch die Zuteilung der Zertifikate nach historischen Emissionswerten einer Branche ist total unlogisch. Die Versteigerung ist daher ohne Alternative und wird in Zukunft auch in Deutschland umgesetzt werden.

Die dadurch entstehenden enorm hohen Einnahmen in Höhe von bis zu 10 Milliarden € – die Summe muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen – bieten die Chance, genau dem Ziel zu dienen, welches überhaupt der Grund für ihre Erhebung war: nämlich dem Klimaschutz. Warum sollten wir also, wenn wir auf der einen Seite einen Preis auf klimaschädliche Industrie erheben, nicht auf der anderen Seite auch Entlastungen für zukunftsweisende Technologien bereitstellen?

Sogar die Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung erfordert große Investitionen in Projekte und Forschung. Darüber, dass dieses Ziel von 80 % CO₂-Reduktion bis 2050 mindestens erreicht werden muss, besteht Einigkeit. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel bieten dafür die ideale Grundlage. Das sagt eigentlich auch die Bundesregierung. Dann muss das aber auch gesetzlich verankert werden.

Nun wissen wir alle, dass NRW industriell geprägt ist und eine energieintensive Wirtschaftsstruktur hat. Damit wird ein Großteil von Deutschlands Emissionen, nämlich 44 %, in Nordrhein-Westfalen verursacht. Und damit wird NRW eben auch den Löwenanteil dieser Einnahmen leisten. Also ist es doch nur recht und billig, dass dieser enorme Abfluss auch über Programme im Bereich Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen wieder investiert werden muss.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

NRW ist schon heute führend in der Produktion von Technologien der erneuerbaren Energien. Dies möchten wir ausbauen, damit Tausende von neuen Arbeitsplätzen schaffen und den ökologischen Strukturwandel hinbekommen, den NRW so dringend braucht.

NRW braucht diese Investitionen. Ob das Geld, das aus nordrhein-westfälischen Emissionen stammt, auch sinnvoll und vor allem in Nordrhein-Westfalen investiert wird, hängt aber jetzt von Ihnen ab, meine Damen und Herren. Wenn Sie also nicht industrie- und investitionsfeindlich gestimmt sind, sollten Sie im Interesse Nordrhein-Westfalens und des Klimaschutzes dieses Anliegen unterstützen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Brems. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Lienenkämper das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Lutz Lienenkämper (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, ich kann es relativ kurz machen, weil uns dieses wichtige Thema schon aus der letzten Legislaturperiode intensiv vertraut ist. Wir haben in diesem Hohen Hause mehrfach und vielfach über die richtige Verteilung der Erlöse aus dem Emissionshandel gesprochen. Wir haben uns intensiv darum bemüht, die spezifischen Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen in die Verhandlungen auf EU-Ebene einzubringen und durchzusetzen.

Wir waren uns in diesem Hause überwiegend einig, dass die Beschlüsse, die Ende 2008 auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs gefasst worden sind, die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen nur unzureichend berücksichtigt haben. Das ist so, und jetzt wir müssen von dieser Basis jetzt ausgehen.

Deswegen habe ich mich über diesen Antrag gewundert, weil er sich im Kern damit beschäftigt, wie die Einnahmen inhaltlich verteilt werden sollen und wie diejenigen Einnahmen, die dem Bund zur Verfügung stehen, dann innerhalb des Landes verteilt werden sollen. Das sind zwei Punkte.

Der erste Punkt stellt etwas fest, was schon lange durch Beschluss der Staats- und Regierungschefs geregelt ist. Die haben auf ihrem Meeting im Dezember 2008 beschlossen, dass die Erlöse von den verbleibenden 88 % der Zertifikate – 12 % gehen sowieso schon vorab weg – mindestens zur Hälfte für Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen, zur Abschwächung des Klimawandels und zur Anpassung an seine Folgen, zur Verhinderung der Entwaldung, zur Entwicklung der er-

neuerbaren Energien, für Energieeffizienz sowie für andere Energien verwendet werden müssen, die zum Übergang zu einer sicheren und nachhaltigen kohlenstoffarmen Wirtschaft beitragen. Ein weiterer Teil dieses Betrags soll im Rahmen eines internationalen Klimaschutzübereinkommens für Maßnahmen zur Abschwächung des Klimawandels und zur Anpassung an seine Folgen in Entwicklungsländern verwendet werden.

Das ist die Beschlusslage und richtig so. Deswegen braucht der Landtag Nordrhein-Westfalen diese bestehende Regelung nicht noch einmal selber zu beschließen.

Der zweite Teil betrifft die Frage: Wie werden die 44 %, die am Ende beim Bund ankommen, vom Bund verteilt? Was soll an die Länder gehen, und welcher Anteil soll nach Nordrhein-Westfalen fließen?

Ich hätte mir nach den Diskussionen der letzten Legislaturperiode ehrlich gesagt eine völlig andere Formulierung des Antrags gewünscht. Wir hätten uns später im Ausschuss überlegen können, diesem Antrag zuzustimmen, wenn Sie richtigerweise geschrieben hätten: Wir danken Frau Ministerin Thoben dafür, dass Sie die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen bereits in der letzten Legislaturperiode in Berlin mit der Forderung vertreten hat,

(Lachen von der SPD)

dass das Land Nordrhein-Westfalen einen verursachungsgerechten Anteil an den Einnahmen des Bundes erhalten soll. Wir verurteilen die Reaktion des damaligen Bundesumweltministers Gabriel und des damaligen Bundesfinanzministers Steinbrück, dieses Ansinnen abzulehnen. – Wenn Sie das ehrlich so formuliert hätten, hätten wir zugestimmt. So können wir es leider im Ausschuss nicht.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Lienenkämper. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Brockes das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Stinka, es ist schon abenteuerlich. Wir reden hier über den Emissionshandel ab 2013, und Sie wollen den Abgeordneten und den Zuhörern weismachen, wir hätten schon im letzten Jahr in Baden-Württemberg gesehen, wie dieses Geld, das noch gar nicht eingenommen worden ist, ausgegeben wird.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das der letzten Periode mit dem 13-%-Anteil!)

Das zeigt, welchen Unsinn Sie hier erzählen.

Die Kollegin Brems war doch deutlich sachlicher. Das war eine gute Grundlage, auf der man diskutieren kann.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Regierungsfractionen hat im Wesentlichen zwei Stoßrichtungen: Zum einen sollen die Erlöse aus dem Emissionshandel in den Klimaschutz investiert werden. Zum anderen will die Landesregierung, dass die Erlöse aus dem Emissionshandel in die Bundesländer zurückfließen, in denen diese entstanden sind.

Das ist aus nordrhein-westfälischer Sicht natürlich wünschenswert. Allerdings haben wir schon in den Debatten um die Verschärfung des Emissionshandels vorausgesagt, dass es unwahrscheinlich ist, dass es auch so erfolgen wird. Denn kein Finanzminister – egal, welcher Partei er angehört – würde das Geld ohne Vorgaben weiterleiten, und schon gar nicht in voller Höhe.

Hinzu kommt, dass die anderen Bundesländer sicher nicht in Ruhe zuschauen werden, wenn Nordrhein-Westfalen 44 % der Emissionshandelserlöse einfordert.

Davon abgesehen erfüllt die Bundesregierung die erste Forderung Ihres Antrags schon längst. Das von Ihnen so heftig attackierte Energiekonzept sieht nämlich genau die von Ihnen geforderten Investitionen in Effizienzmaßnahmen, in erneuerbare Energien und nationale sowie internationale Klimaschutzmaßnahmen vor.

Wahrscheinlich haben Sie aber noch keinen Blick in das Gesamtkonzept der Bundesregierung geworfen, weil Sie immer nur die Kernenergie sehen. Das kann ich Ihnen nur wärmstens empfehlen, Herr Kollege Stinka. Aber ich erkläre Ihnen auch gerne in dieser Runde, wie der Energie- und Klimafonds finanziert wird.

2011 und 2012 wird das Vermögen des Fonds mit jeweils 300 Millionen € beginnen. Mit der 2013 startenden umfangreicheren Auktionierung der Emissionszertifikate wird es dann jährliche Einnahmen von mehr als 2,5 Milliarden € geben. Meine Damen und Herren, diese Zahl ist sehr konservativ berechnet, denn man geht von einem Zertifikatspreis von 15 € aus. Es dürfte also mehr geben. Die Mehreinnahmen werden im Übrigen zu 100 % in den Fonds eingespeist.

Ab 2017, wenn die Brennelementesteuer ausläuft, wird die Gewinnabschöpfung der Laufzeitverlängerung aktiv, und es kommen weitere Einnahmen hinzu, sodass die jährlichen Einnahmen des Fonds auf über 3 Milliarden € anwachsen werden. Diese Gelder werden sich beim derzeitigen Strompreis auf rund 25 Milliarden € summieren und komplett für Klimaschutzmaßnahmen zur Verfügung stehen. Sollte der Strompreis ansteigen, steht sogar noch mehr Geld zur Verfügung.

Dafür gibt es keinen Haushaltsvorbehalt, meine Damen und Herren. Das ist im Übrigen weltweit einmalig. Das zeigt, dass das Energiekonzept der Bundesregierung gut durchfinanziert ist und auf sehr festem Fundament steht.

Mit den beschriebenen Einnahmen wird die Bundesregierung Programme auflegen, mit denen die Ziele der deutschen Klimapolitik erreicht werden sollen. Dies sind die Senkung der Treibhausgasemissionen um 80 %, die Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien auf 80 %, die Senkung des Primärenergieverbrauchs um 50 %, die Verdoppelung der Gebäudesanierungsrate sowie die Senkung des Energieverbrauchs im Verkehrssektor um 40 %. Der sechste wesentliche Punkt umfasst, dass bis 2020 6 Millionen Elektrofahrzeuge auf deutschen Straßen fahren sollen.

Bei all diesen Programmen wird Nordrhein-Westfalen sicherlich ein großes Stück vom Kuchen abbekommen. Dafür werden wir uns in diesem Hause sicherlich einsetzen. Aber die ideologisch verfehlte Klimaschutzpolitik der Landesregierung wird der Bund davon mit Sicherheit nicht bezahlen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn es der Landesregierung wirklich ernst ist mit dem Klimaschutz sowie der Finanzierung der notwendigen Maßnahmen und Programme, muss sie zuerst auf eine Klage gegen das Energiekonzept verzichten. Sie glauben doch nicht im Ernst, dass Sie das Energiekonzept, das die Finanzierung der Klimaschutzpolitik der nächsten Jahrzehnte sichern soll, auf der einen Seite beklagen können, Ihnen auf der anderen Seite aber der Bund das Geld, das daraus erwirtschaftet wird, komplett zur Verfügung stellt.

Sie machen es sich ehrlich gesagt zu einfach, wenn Sie nur Geld vom Bund verlangen. Wir sollten daher gemeinsam schauen, dass möglichst viel Geld nach Nordrhein-Westfalen fließt.

Die Kernkraftbetreiberländer wollen sicherlich auch einen großen Teil der Brennelementesteuer haben. Auch die anderen Länder – etwa im Norden – argumentieren damit, dass sie bereits viele Maßnahmen für den Klimaschutz geleistet haben. Auch dort gibt es also berechnete Interessen, doch werden nicht genügend Mittel vorhanden sein, um allen Interessen zu entsprechen.

Wir sollten daher schauen, dass wir das – richtige – Klimaschutzkonzept der Bundesregierung unterstützen, und uns darauf konzentrieren, dass dies in Nordrhein-Westfalen angewendet wird und wir somit den Ertrag in unserem Land haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Brockes. – Als nächste Redne-

rin hat für die Fraktion Die Linke Frau Kollegin Akbayir das Wort. Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Hamide Akbayir (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Um den Ausstoß von umweltschädlichen Klimagasen einzuschränken, hat die EU die Menge der Emissionen von Kohlendioxid – CO₂ – durch Kraftwerke und Anlagen der energieintensiven Industrie begrenzt.

Die Unternehmen bekommen von der Bundesregierung sogenannte Verschmutzungsrechte in Form von CO₂-Zertifikaten zugeteilt, die sie untereinander handeln können. Am Ende muss jeder Betreiber so viele Emissionsrechte vorweisen, wie er tatsächlich Kohlendioxid freigesetzt hat. Die Zuteilung der Emissionsrechte erfolgte bis zum Jahr 2007 für die Konzerne kostenfrei.

Die Anlagenbetreiber haben bisher den Zertifikaten einen Marktwert gegeben, ihn dann auf den Strompreis aufgeschlagen und die so erzielten Milliarden als „unerwartete Gewinne“ verbucht. Die Rechnung, meine Damen und Herren, zahlten und zahlen heute noch die Verbraucherinnen und Verbraucher über ihre Energierechnungen.

Der Emissionshandel als zentrales Klimaschutzinstrument der EU hat bislang versagt. Die bisherige Ausgestaltung macht ihn zu einer Gelddruckmaschine für die Stromversorger. Auch der Klimaschutz blieb in der ersten Emissionshandelsphase 2005 bis 2007 völlig auf der Strecke. Die Menge der ausgegebenen Emissionsrechte lag über dem tatsächlichen Klimagasausstoß der Unternehmen. Für die zweite Handelsphase 2008 bis 2012 wurden die Minderungsziele für den Kohlendioxidausstoß der zweiten Emissionshandelsperiode 2008 bis 2012 etwas verschärft. Zudem werden 9 % der CO₂-Zertifikate von der Bundesregierung verkauft und nicht mehr verschenkt. Hierbei handelt es sich jedoch nur um kosmetische Veränderungen, meine Damen und Herren.

Die größten Mitnahmegewinne verbuchen die Betreiber von Atomkraftwerken, deren Anlagen zwar nicht am Emissionshandel teilnehmen, aber vom Anstieg der Stromhandelspreise durch den Emissionshandel profitieren.

Kohlekraftwerke erhalten im Vergleich zu Gaskraftwerken doppelt so viele Emissionsrechte gratis zugeteilt. Die besonders klimaschädliche Braunkohleverstromung erhält noch einen zusätzlichen Aufschlag und bleibt damit für die Konzerne lukrativ.

Zwar werden den Stromkonzernen seit dem Jahr 2008 weniger CO₂-Zertifikate zugeteilt, doch können sie dafür in gesteigertem Maße Emissionsrechte aus dem Nicht-EU-Ausland zukaufen. Diese stammen meist aus Projekten in Entwicklungsländern, die nicht oder nur gering zum Klimaschutz beitragen. Werden solche „faulen“ Zertifikate in Anspruch

genommen, hat dies einen zusätzlichen Ausstoß an Klimagasen zur Folge, meine Damen und Herren.

Die Fraktion Die Linke fordert daher ein Ende der Geschenke an die Stromkonzerne.

(Beifall von der LINKEN)

In Zukunft sollen die CO₂-Emissionsrechte vollständig versteigert statt verschenkt werden. Da das Europarecht dies erst ab dem Jahr 2013 zulässt, müssen die Mitnahmegewinne der Energieversorger aus dem Emissionshandel bis dahin über eine Sondersteuer abgeschöpft werden. Der Zukauf von „faulen“ Emissionsrechten aus anderen Teilen der Welt ist rigoros einzuschränken. Kraftwerke und Unternehmen müssen schärfere Vorgaben für den Klimagasausstoß erhalten. Das Aufkommen aus der Versteigerung der Emissionsrechte ist für den sozialökologischen Umbau zu verwenden. Bleiben solche grundlegenden Reformen aus, wird der Emissionshandel weiterhin keine klimapolitische Wirkung zeigen.

(Beifall von der LINKEN)

Diese Maßnahmen müssen von der Bundesregierung eingefordert werden. Die Gewinne aus dem Emissionshandel auch für NRW einzufordern, ist zwar richtig, kommt aber einem Kuhhandel gleich. Die Emissionen sollen eigentlich gesenkt werden, aber das Geld für den Emissionshandel nimmt man auch gerne. Das ist so ähnlich wie mit dem Rauchen, meine Damen und Herren: Man will es einschränken beziehungsweise ganz verbieten, aber die Tabaksteuer ist schon ganz prima.

Wirksamer Klimaschutz sieht anders aus, meine sehr verehrten Damen und Herren. Kapitalistischer Normalbetrieb inklusive Profitlogik und Wachstumszwang mit ein paar marktökologischen Trostpflasterchen – so bekommen wir den Klimawandel nicht in den Griff.

Ich komme bald zum Schluss. Unsere Produktionsweise muss radikal geändert werden. Davon können wir uns nicht freikaufen, meine Damen und Herren. Wir brauchen eine dauerhafte Stromversorgung aus 100 % erneuerbaren Energien.

Dafür müssen wir die Stromkonzerne entmachten und die Energieproduktion und -verteilung vergesellschaften, dezentralisieren, kommunalisieren und demokratisieren. Die Energieversorgung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie muss am Gemeinwohl orientiert sein. Dazu gehören Förderprogramme für Energieeinsparmaßnahmen in einkommensschwachen Haushalten. Energieversorgungsunternehmen müssen ab sofort Stromsozialtarife anbieten. Wer das nicht tut, gehört enteignet.

(Beifall von der LINKEN)

Das Einsparen von Energie ist die zweite Energiequelle der Zukunft. Wir brauchen zum Beispiel flächendeckende Wärmedämmung im sozialen Woh-

nungsbau, und zwar ohne Mieterhöhungen. So können Mittel aus dem Emissionshandel sinnvoll eingesetzt werden. Das würden wir, die Linken, mittragen.

Weiterhin muss die Energieeffizienz in der Produktion gesteigert werden. Wir Linke verschließen uns nicht einer sinnvollen sozialen und ökologischen Verwendung der Gelder aus dem Emissionshandel. Um das zu ermöglichen, werden wir einer Überweisung Ihres Antrags in den Ausschuss zustimmen. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Akbayir. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Rimmel das Wort. Bitte sehr, Herr Minister.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen greifen mit ihrem vorliegenden Antrag ein wichtiges Anliegen für den Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen auf: Sie fordern, die Erlöse aus dem Emissionshandel ab 2013 tatsächlich für den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen einzusetzen, und zwar für eine neue grüne Industriepolitik und für Anpassungsmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen.

Diese Forderung ist im Grunde – so könnte man meinen – eine Selbstverständlichkeit; denn CO₂-Belastung findet ja in Nordrhein-Westfalen statt. Die Verursacher dieser Belastung erwerben in Nordrhein-Westfalen ihre Verschmutzungsrechte. Wohin geht dann logischerweise das Geld? – Auch das ist, könnte man meinen, selbstverständlich: eigentlich nach Nordrhein-Westfalen. Das ist sozusagen ein Konnexitätsprinzip im Emissionshandel.

Eigentlich ist das selbstverständlich: Wenn jemand Dreck macht und dafür bezahlt, sollte dieses Geld logischerweise auch wieder eingesetzt werden, um den anfallenden Dreck zu minimieren.

(Beifall von Gunhild Böth [LINKE])

Das aber ist nicht die Sicht der Bundesregierung – und darum geht es im Kern –: Die Bundesregierung ist der Meinung, dass die Einnahmen ausschließlich beim Bund verbleiben. Deshalb ist es wichtig, dass Nordrhein-Westfalen sich positioniert, dass wir hier gemeinsam partei- und fraktionsübergreifend eine Position entwickeln, die unsere Interessen formuliert, und auch versuchen, diese auf der Strecke durchzusetzen. Deshalb ist es wichtig, dass wir über diesen Antrag diskutieren und gemeinsam überlegen, in welche Richtung wir gehen müssen, um diesem Anliegen der Bundesregierung entgegenzutreten.

Wir müssen die Gunst der Stunde nutzen, auf der einen Seite Einnahmen zu generieren und auf der anderen Seite mit diesen Einnahmen etwas für den Klimaschutz zu tun sowie mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen eine neue Orientierung in Teilen unserer Wirtschaft zu schaffen.

Es ist klar: 2013 wird das Prinzip der Versteigerung grundlegendes Prinzip des Zertifikathandels sein. Die Stromwirtschaft wird ab 2013 alle von ihr benötigten Zertifikate ersteigern. Bei der Industrie wird das stufenweise eingeführt, beginnend 2013 mit 20 % und später anwachsend auf bis zu 70 %. Eine völlig freie Zuteilung erhalten nur noch Unternehmen, deren Wettbewerbsfähigkeit andernfalls gegenüber Unternehmen außerhalb des EU-Raums bedroht wäre, die aber zugleich anspruchsvolle Benchmarks einhalten müssen. Auch da müssen wir unterstützen und helfen, um in der Perspektive diese Benchmarks zu erfüllen.

Insgesamt werden im Jahr 2013 etwa 60 % der Emissionsrechte versteigert. Konkret geschätzt heißt das für Nordrhein-Westfalen, dass ungefähr 4 Milliarden € von hier in ein solches System fließen werden. Da muss es doch unser aller Ehrgeiz sein, möglichst viel von diesem Geld auch wieder für neue Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen zurückzuholen.

Nach den Verabredungen auf der EU-Seite entscheiden die Mitgliedstaaten selbst über die Verwendung der aus den Versteigerungen zufließenden Erlöse. Mindestens 50 % dieser Erlöse sollen für einen oder mehrere der folgenden Zwecke genutzt werden: die Reduzierung von Treibhausmissionen – das ist doch klar –, Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien, Steigerung der Energieeffizienz, Vermeidung des Abholzens von Wäldern, Erleichterungen von Klimaanpassungsmaßnahmen und Bekämpfung von Folgen des Klimawandels sowie schließlich – auch das ist wichtig gerade für Nordrhein-Westfalen – die Regelung sozialer Fragen, wie etwa dem möglichen Anstieg der Strompreise in Haushalten mit niedrigen und mittleren Einkommen.

Eigentlich sind diese Forderungen wie gemacht, auch für die konzeptionellen Vorstellungen, die wir hier gemeinsam im Zusammenhang mit dem Klimawandel entwickelt haben. Damit ist Energieeffizienz ein Hauptthema unserer Strategie, die Frage der Gebäudesanierung in Nordrhein-Westfalen und auch die Verknüpfung mit den sozialen Fragen – also der Möglichkeit und der Vermeidung von Energiearmut. Das alles könnten wir in Nordrhein-Westfalen mit diesen Geldern fördern und unterstützen.

Aber die Bundesregierung kommt hinterm Gebüsch hervor und erklärt, die Erlöse blieben bis 2020 beim Bund. Und wie positionieren wir uns? Vor allem: Wie positioniert sich hier heute die Opposition? – Herr Lienenkämper ist etwas schmallippig, und Herr

Brockes wirft irgendwelche Nebelkerzen, während er von der gestern hier geführten Diskussion über das Atomgesetz redet. Das spielt hier aber überhaupt keine Rolle. Es geht um die Formulierung unserer ureigensten Interessen. Es geht nicht um den Klimafonds der Bundesregierung – darüber sprechen wir an anderer Stelle, das ist Judasgeld.

(Dietmar Brockes [FDP]: Sie haben nicht zugehört!)

– Wir reden über die Einnahmen aus dem Emissionshandel, Herr Brockes.

(Dietmar Brockes [FDP]: Und über den Klimaschutz!)

Wir reden darüber, dass wir gemeinsam mit Ihnen und der CDU auf Ihren Ebenen – Sie stellen nun einmal die Bundesregierung,

(Dietmar Brockes [FDP]: Aber nicht für Ihre Wünsche!)

weswegen Sie eine besondere Verantwortung für Nordrhein-Westfalen tragen – sicherstellen, dass wir in laufenden Verfahren alles dafür tun. Und es gibt solche laufende Verfahren: Wir haben zum Beispiel zurzeit im Bundesrat ein Gesetzgebungsverfahren, das genau diese Frage behandelt. Wir werden darüber auch im Bundesrat reden müssen.

Wir werden jetzt schon auf die Bundestagsfraktionen zugehen müssen. Es ist auch Ihre Aufgabe, jetzt diese Gespräche zu führen, weil uns – auch da stecken wir in einer doppelten Klemme – auf der einen Seite nicht nur die benötigten Gelder bedrängen. Auf der anderen Seite haben wir perspektivisch auch weniger Steuereinnahmen, weil die Unternehmen den Emissionshandel auch steuerlich geltend machen können. Schätzungen sprechen hier von 200 bis 300 Millionen €, die uns fehlen werden. Gleichzeitig gibt es natürlich das Interesse der anderen Bundesländer, auch zu partizipieren und uns dann den Königsteiner Schlüssel aufs Auge zu drücken. Das passt überhaupt nicht zusammen.

Wir brauchen hier eine bundesländer- und ausstoßadäquat orientierte Strategie sowie entsprechende Vergütung. Deshalb schaffen wir das nur, wenn wir uns gemeinsam aufstellen und entsprechend unserer jeweiligen Möglichkeiten für Nordrhein-Westfalens arbeiten und streiten; denn 44 % der bundesweiten CO₂-Emissionen kommen aus Nordrhein-Westfalen, und das ist auch der Satz, den wir an Geldern beanspruchen, die nach Nordrhein-Westfalen zurückfließen sollen. Dafür obliegt Ihnen eine besondere Verantwortung. Denn Sie stellen die Bundesregierung.

Ich räume allerdings ein, dass es auch auf unserer Seite Diskussionen gibt. Ich weiß, dass die Positionierung innerhalb der Bundestagsfraktion der Grünen – ich vermute, dies gilt auch innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion – eher bundesorientiert ist. Wir müssen hieran gemeinsam arbeiten. Deshalb ist es

ein Gemeinschaftsauftrag – ich möchte das noch einmal unterstreichen – im Interesse von Nordrhein-Westfalen, und daher ist es auch wichtig, dass wir hier in der Ausschussberatung hoffentlich zu einer gemeinsamen Positionierung kommen und die nordrhein-westfälischen Interessen nicht aus vordergründigen Motiven – ich meine beispielhaft den Ideologievorwurf oder mangelnde Durchsetzungsfähigkeit – verraten.

Also, ich appelliere eindringlich an Sie: Lassen Sie uns unsere politische Kraft strategisch und faktisch bündeln, um für Nordrhein-Westfalen aus den Möglichkeiten, die sich aus dem Emissionshandel ergeben, das Beste zu erreichen.

Die Gebäudesanierung kann und muss eine Marke für Nordrhein-Westfalen werden. Wir brauchen die Verknüpfung aus Forschung und Entwicklung neuer Technologien. Wir brauchen den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung. Vor allem die Investition in die Netze ist eine kostenintensive Aufgabe, die einer entsprechenden Unterstützung bedarf.

Wir haben im Rahmen der Umsetzung des Konjunkturprogramms gesehen, dass diejenigen Maßnahmen am besten wirken, die möglichst nah an der Basis umgesetzt werden. Die Mittel aus dem Konjunkturprogramm, die in die Kommunen und in die Gebäudesanierung geflossen sind, haben erwiesenermaßen – das ist ja untersucht worden – oft das Zwei- und Dreifache an Möglichkeiten generiert.

In gleicher Weise wollen wir mit den Erlösen aus dem Emissionshandel verfahren. Daher ist es so wichtig, dass wir uns hier gemeinsam einsetzen und positionieren und für den Moment die Auseinandersetzungen, die uns vielleicht sonst prägen, vergessen. Denn hier geht es um Nordrhein-Westfalen. Deshalb: Lassen Sie uns zusammenstehen und uns gemeinsam dafür einsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Deppe das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Deppe.

Rainer Deppe (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Herr Remmel, Sie haben heute nicht das Wort der „Koalition der Einladung“ bemüht; ich hatte damit eigentlich gerechnet. Was Sie allerdings formuliert haben, war so zu verstehen.

Wir haben schon einmal darüber gesprochen, und ich muss Ihnen sagen: Wenn Sie wollen, dass Dinge hier in diesem Hause gemeinsam getragen werden, dann ist es eigentlich üblich und vor allem erfolgversprechender, wenn man vorher darüber redet. Dies funktioniert aber nicht, wenn man hier Anträge präsentiert und sagt: Jetzt macht mal mit.

Denn es ist im Interesse des Landes. Und alle, die nicht mitmachen, sind Verräter. – So viel zum Verfahren.

Meine Damen und Herren, 44 % der Einnahmen aus dem Emissionshandel werden voraussichtlich aus Nordrhein-Westfalen kommen. Das ist richtig. Herr Remmel, Sie fordern – die Vorredner waren in ihren Formulierungen vorsichtiger –, dass das Geld wieder nach Nordrhein-Westfalen fließen müsse, quasi nach dem Motto: Wer den Dreck macht und dafür Geld zahlt – das ist sozusagen als marktgerechte Strafzahlung zu verstehen –, soll dann auch noch mit den Mitteln belohnt werden.

(Widerspruch von den GRÜNEN – Thomas Eiskirch [SPD]: Sie haben aber auch gar nichts verstanden! – Lachen von Gunhild Böth [LINKE])

Das ist der falsche Ansatz, Herr Remmel.

Wissen Sie, auch bei der Mehrwertsteuer und bei der Tabaksteuer erfolgt keine Verteilung nach Aufwand. Das ist so, als ob man sagen würde: Wer die Tabaksteuer bezahlt, bekommt das Geld wieder, damit er damit einen Raucherentwöhnungskurs finanzieren kann. – Sie setzen doch die falschen Maßstäbe an.

Und übrigens: Auf gleiche Weise verfahren auch die Kollegen in den Bundesländern, die Kernkraftwerke betreiben; dort liegt die Forderung schon auf dem Tisch. Die Kernkraftländer Bayern, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen sagen: Die Einnahmen aus der Brennelementesteuer stehen zunächst einmal uns zu, und wir wollen den größten Anteil an diesen Einnahmen bekommen.

Ich sage Ihnen: Das ist der falsche Ansatz. – Übrigens: Diese Länder stellen den Königsteiner Schlüssel auch für diesen Anteil der Staatseinnahmen infrage, so wie Sie es gerade beim Thema Emissionshandel gemacht haben.

Unsere Position ist, dass die Mittel dort investiert werden und das Geld dort ankommt, wo tatsächlich am meisten CO₂-Senke erreicht wird. Deshalb hat es keinen Sinn, vorweg mit irgendwelchen Quoten zu hantieren. Vielmehr müssen Mechanismen gefunden werden, die diejenigen stärken, die in die CO₂-Senke investieren und dort am meisten vorankommen. Ich glaube, das wäre sogar ein Punkt gewesen, bei dem man sich hätte einigen können, wenn man vorher miteinander gesprochen hätte und wenn die Koalition der Einladung nicht lediglich ein Etikett wäre, das eigentlich gar nicht ernst gemeint ist.

Wir müssen einen Wettbewerb um die besten Wege zur Minderung der CO₂-Emissionen in Gang setzen, und das muss politisch und finanziell belohnt werden. Ich glaube, wenn Sie diesen Weg gehen und nicht nur sagen würden: „Wir sind die größten Verschmutzer, und deshalb müssen wir auch das meis-

te Geld bekommen“, würden Sie für Nordrhein-Westfalen wesentlich mehr erreichen. Das ist der falsche Ansatz.

Sie hätten auch sagen sollen, wofür das Geld verwendet werden soll. Was Sie hier und auch im Antrag aufgezählt haben, sind die Dinge, die im Gesetz bzw. in der europäischen Verordnung ohnehin festgelegt sind. Ich finde, man kann von einem Minister, der sich stolz „Klimaschutzminister“ nennt, ein bisschen mehr erwarten. Ich meine, Sie müssten konkreter sagen, wo Sie die Mittel hier in Nordrhein-Westfalen verwenden möchten.

Schauen Sie in das Programm der Bundesregierung. Dort sind 117 Maßnahmen für die nächsten Jahre aufgeführt. Diese sind sehr konkret mit Zahlen und Daten hinterlegt, und für diese Maßnahmen stehen auch Mittel zur Verfügung, die haushaltsunabhängig gesichert sind. Es wäre gut, wenn möglichst viele dieser Maßnahmen unserem Land Nordrhein-Westfalen zugutekämen. Ich glaube auch, dass wir gar nicht so schlecht sind – wenn wir eine andere Regierung hätten, wären wir wahrscheinlich sogar besser –, dass wir bei den 44 % stehen bleiben müssen. Wenn wir unsere Anstrengungen entsprechend intensivieren – wir sind schließlich große Verschmutzer –, können wir hier wahrscheinlich wesentlich mehr erreichen, als Sie mit dieser Zahl vorgeben wollen. Ich habe den Eindruck, unsere Regierung oder die Koalitionsfraktionen springen da wesentlich zu kurz.

Ich habe mir den Antrag angesehen und gedacht: Warum gehen die eigentlich hinter die Vorstellungen aus den Jahren 2008 und 2009 zurück? Da hat es ja Anträge gegeben. Damit Sie es nachlesen können: Das sind die Drucksachennummern aus der 14. Wahlperiode 14/7450 oder 14/8324 aus dem Jahre 2009. Das waren allerdings Anträge der SPD.

(Zuruf von André Stinka [SPD])

– Herr Stinka, in dem Zusammenhang haben Sie übrigens einmal unsere Bundeskanzlerin gelobt. Das war eine wirklich gute Rede, die Sie da gehalten haben.

(André Stinka [SPD]: Wir können das unterscheiden, Herr Deppe!)

Das kommt schon mal vor. Das muss man dann auch anerkennen.

Da sind konkrete Maßnahmen drin. Da sollen effiziente Kühlschränke oder neue Fernsehapparate oder Waschmaschinen bezuschusst werden. Man kann sich darüber auseinandersetzen, ob das sinnvolle Maßnahmen sind. Das umgehen Sie hier, indem Sie ganz allgemein in dem Antrag schreiben: für Klimaschutz. Das hört sich erst einmal super an. Was soll damit gemacht werden? Da waren Sie vor anderthalb Jahren wesentlich weiter, als Sie es heute sind.

(Britta Altenkamp [SPD]: Würden Sie zustimmen, wenn wir den Antrag noch mal stellen würden?)

– Dann lassen Sie uns über die Einzelfragen reden, klar. Das werden wir ja auch in den Ausschüssen tun.

Da steht drin – das ist wahrscheinlich der Grund, weshalb Sie sich heute nicht mehr auf diese Anträge beziehen wollen –, dass ein Investitionsprogramm zum Emissionshandel ausgelöst werden soll. Ich darf aus dem Antrag zitieren:

„Die Mittel sollen eingesetzt werden, um die Effizienz zu steigern und die Kraftwerke zu erneuern. Aufgrund der gestiegenen Kraftwerkskosten werden derzeit viele Investitionsentscheidungen für den Austausch alter Kraftwerke zurückgestellt. Eine Vielzahl uralter ineffizienter Kraftwerke bleibt länger am Netz.“

(Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

„Die derzeitigen Bedingungen des Emissionshandels in der zweiten Handelsperiode bieten offensichtlich keinen Anreiz für neue Investitionen.“

So weit damals Ihr Antrag. – Sie haben dann ganz konkret gefordert, die Mittel für das Kraftwerkserneuerungsprogramm hier in Nordrhein-Westfalen einzusetzen. Davon lesen wir komischerweise überhaupt nichts mehr.

Sie haben dann am 26.09. im Plenum gesagt: Für NRW ist gerade dieses Programm des Emissionshandels eine große Chance, das in der Regierungszeit der SPD angestoßene und begonnene Kraftwerkserneuerungsprogramm konsequent fortzusetzen. Lieber Herr Stinka, dann machen Sie das doch einmal! Fangen Sie endlich an!

Dann wird Herr Gabriel noch zitiert, der übrigens damals verweigert hat, dass Quotenzuteilungen auf die Länder gemacht wurden – eine tolle Pressemitteilung, seitenlang. Der Brief von Herrn Gabriel wurde damals an die Presse geleitet. Da steht drin – wörtlich, Herr Gabriel, Ihr Bundesvorsitzender –:

„Ich will diese Möglichkeit nutzen, um den vorhandenen fossilen Kraftwerkspark zu modernisieren. Dies wird nicht nur die Klimabilanz in Deutschland, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Kraftwerkstechnik auf dem Weltmarkt verbessern.“

Lieber Herr Stinka, dann handeln Sie doch einmal!

(André Stinka [SPD]: Das habe ich doch gesagt! Sie müssen zuhören!)

– Es hat mich gewundert, Sie haben das eine Wort erwähnt. Ich fand es toll. Herr Remmel hat es nicht gemacht, und im Antrag taucht es nicht auf.

In diesem Brief wurde des Weiteren das Hohelied der CCS-Technologie und der Speicherung gesun-

gen. Ich bin gespannt, was Sie davon heute noch halten.

Herr Römer hat damals Gabriel über den grünen Klee gelobt und gesagt: Jetzt endlich kann es in Nordrhein-Westfalen mit der Kraftwerkserneuerung losgehen. Sie wollten sogar noch 15 % – das lässt die EU zu – Investitionszuschüsse auf die gesamte Investitionssumme geben. Ich sage Ihnen: E.ON braucht diese 15 % für Datteln nicht. Die 1 Milliarde € können die schon tragen. Auf die 150 Millionen € können die locker verzichten. Aber sie müssen wenigstens bauen und das Ganze zu einem Abschluss bringen dürfen.

(Beifall von der CDU)

Die Politik, die Sie seit Mitte Juli machen, seitdem Sie die Mehrheit haben und die Regierung stellen, verhindert, dass solche Kraftwerke ans Netz gehen.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Welch eine Geschichtsklitterung!)

Sie sorgen dafür, dass dieses modernste Kraftwerk der Welt überhaupt nicht in Betrieb gehen kann, sondern eines Tages wieder abgerissen wird. So viel zum Thema: Wir wollen hier etwas für den Klimaschutz in NRW tun. – Nein, Sie tun alles dafür, dass alte Kraftwerke aus rein ideologischen Gründen am Netz bleiben und die modernsten Kraftwerke der Welt nicht ans Netz gehen können. Das ist der Fehler in Ihrer Politik.

Und das ist übrigens der große Unterschied zu den Anträgen, die Sie noch im Jahre 2009 gestellt haben, in denen Sie noch vertreten haben: Wir brauchen neue Kohlekraftwerke.

Jetzt sind Sie in der Koalition mit so einem netten Herrn wie Herrn Remmel, der total sympathisch ist, aber eine total falsche Politik vertritt und der dafür sorgt, dass Nordrhein-Westfalen deindustrialisiert wird. Das ist übrigens ein Begriff, den Sie damals in Ihren Antrag geschrieben haben. Sie haben geschrieben, dass die Gefahr bestünde.

Sie sorgen dafür, dass wir im Klimaschutz nicht weiterkommen, Sie sorgen dafür, dass Nordrhein-Westfalen deindustrialisiert werden wird, weil sich Investoren von diesem Land abkehren werden. Das ist eine Politik, die wir nicht mitmachen können. Wir werden diese Politik massiv bekämpfen, weil sie Nordrhein-Westfalen schadet so wie auch dieser Antrag.

Es tut mir leid: Gut gedacht, ganz schlecht ausgeführt und dahinter schlechte Zielsetzungen. Mit diesen Grünen, die das Sagen in der Regierung haben, wird unser Land nicht vorankommen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank Herr Abgeordneter Deppe. – Als nächster Redner

hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Eiskirch das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Eiskirch (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Inhaltlich ist zum Antrag eine Menge gesagt worden. Wir werden darüber inhaltlich auch in Ruhe in den Ausschüssen miteinander ins Gespräch kommen können.

Es wurde auch eine Menge gesagt, was schlicht und ergreifend nicht der Wahrheit entspricht. Ich möchte das eine und andere noch einmal geraderücken, damit die Dinge für all diejenigen, die das Protokoll interessiert verfolgen, nicht so stehen bleiben.

Es gibt eine Sache, von der ich nicht weiß, ob wir sie so weitermachen müssen. Ich stelle mich demnächst jeden Tag hier morgens hin und sage einen Satz zur Industriepolitik und zu Datteln, damit das nicht jedes Mal so verkehrt ins Protokoll kommt.

Wir erleben in Waltrop am Standort Datteln eine Baustelle, die uns Schwarz-Gelb hinterlassen hat.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Sie haben damals eine Art und Weise an den Tag gelegt nach dem Motto: Wir machen das schon irgendwie. Sie haben Recht und Gesetz beiseitegelegt. Wir müssen den von Ihnen chaotisierten Zustand jetzt mühevoll aufräumen, um zu prüfen, ob überhaupt Voraussetzungen geschaffen werden können, um nach Recht und Gesetz ein Kraftwerk realisieren zu können oder eben nicht. Das entscheiden nicht wir in diesem Hause. Das entscheiden wir auch deswegen nicht mehr, weil Sie das Verfahren so chaotisiert haben.

Ich habe das Gefühl, dass Ihnen alles rund um Datteln dermaßen peinlich ist, dass Sie sich mittlerweile in eine Scheinwelt verziehen und gar nicht mehr wahrhaben wollen, was in den letzten Jahren rund um das Thema passiert ist.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Ich habe den Eindruck, dass Sie es nicht mehr ertragen können und es nur noch wenige Wochen dauert, bis Sie selbst glauben, was Sie jeden Tag erzählen. Das ist nicht auszuhalten.

Kollege Deppe, Sie haben uns gerade allen Ernstes versucht deutlich zu machen, dass wir mit unserem Antrag das Ziel verfolgen zu sagen: Da gibt es welche in Nordrhein-Westfalen, die richtige Dreckschleudern betreiben, die 44 % der CO₂-Emissionen zu verantworten haben, und SPD und Grüne wollen sie jetzt noch damit belohnen, dass sie das gesamte Geld zurückbekommen. – Sie haben versucht, das als so einfach darzustellen.

Mit Verlaub: Was Sie erzählt haben, ist doch absoluter Quatsch. Wir haben in den ausführlichen Anträgen damals und in dem deutlich knapper gehalten

tenen Antrag, in dem wir um Solidarität werben, gemeinsam auf Bundesebene dafür Sorge zu tragen, dass die Verteilung anders als bisher geplant vollzogen wird, mehr als deutlich gemacht: Nein, wo viel CO₂ entsteht und wo wir gemeinsam wollen, dass das in Zukunft nicht mehr entsteht, muss investiert werden, um eine CO₂-Reduktion zu ermöglichen. Deswegen muss man das natürlich aus den Mitteln machen, die dadurch entstehen, dass man die Umwelt verschmutzt. Das ist doch logisch. – Ich verstehe wirklich nicht, wie Sie auf einen solchen Zusammenhang kommen.

(Heiterkeit von der SPD und von den GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch einige Sätze zum Kollegen Brockes sagen. Er hat vorhin auf die Rede von Herrn Stinka abgehoben und gesagt: Herr Stinka, wie können Sie hier erzählen, man könne jetzt schon in Baden-Württemberg sehen, dass sie dort das Geld bekommen und damit etwas machen? Das haben Sie vorhin so gesagt.

(Zustimmung von Dietmar Brockes [FDP])

Herr Kollege Brockes, ich würde so etwas jedem verzeihen, der in der letzten Wahlperiode nicht an den Diskussionen rund um dieses Thema teilgenommen hat.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Aber eigentlich müssten Sie wissen, dass schon in der NAP-II-Periode 10 % veräußert werden und dass nicht alles verschenkt wird. Aus diesen 10 % – das ist ca. 1 Milliarde € – hat es solche Projektförderungen gegeben.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das hat Herr Stinka so nicht gesagt!)

Die können Sie sich in Baden-Württemberg anschauen. Nehmen Sie sich einen Bus oder ein Taxi, fahren dort hinunter und schauen Sie sich das an.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Last but not least, damit auch das nicht falsch im Protokoll steht, möchte ich noch etwas zum Kollegen Lienenkämper sagen. Er hat es im Gegensatz zu Ihnen, Herr Brockes, wenigstens pfiffig formuliert. Herr Kollege Lienenkämper hat uns und allen, die das in Vergangenheit nicht miterlebt haben, versucht weiszumachen, dass Frau Thoben in Brüssel wie ein Löwe gekämpft habe.

Das stimmt auch; das hat sie. Aber leider hat sie sich für ein ganz anderes Ziel eingesetzt. Das haben Sie gerade sehr geschickt in Ihrer Formulierung verschwiegen, Herr Kollege Lienenkämper. Frau Thoben hat sich, obwohl die CDU-Bundestagsfraktion wie viele andere auch schon auf dem Trip war, es werde eine Vollauktionierung geben, nach Brüssel aufgemacht und gegen die Vollauktionierung gekämpft.

Das hat sie in einer starken industriepolitischen Allianz mit der Steiermark und Oberösterreich gemacht. Ich war mir nicht sicher, ob sie noch Schlessien und Transsilvanien dabei hatte.

(Heiterkeit von Gunhild Böth [LINKE])

Sie hat in einer Kombination gekämpft, gegen die die wirklich großen Industrieregionen in Europa keine Chance hatten, anstatt dafür zu kämpfen, dass energieintensive Industrien bei dieser Situation bessergestellt werden und dass eine Reinvestition über die Regionen ermöglicht wird. Sie hat ein totes Pferd geritten.

(Widerspruch von Lutz Lienenkämper [CDU])

Sie hat in Brüssel gekämpft, aber für etwas ganz anderes. Insofern wäre es liebenswürdig, wenn Sie demnächst Formulierungen wählen würden, die denen, die später in die Debatte einsteigen, ein Bild über die ganze Wahrheit ermöglichen. Dafür wäre ich sehr dankbar.

Lassen Sie uns jetzt in den Ausschüssen sachorientiert miteinander darüber diskutieren,

(Dietmar Brockes [FDP]: Nicht so wie Sie jetzt!)

wie wir möglichst viele Investitionen aus diesen Erlösen in Nordrhein-Westfalen verbuchen und investieren können, um nach Möglichkeit nicht nur das Geld irgendwoher zu holen, sondern dafür zu sorgen, dass Nordrhein-Westfalen ein ressourcenschonendes und klimafreundliches Land ist, in dem in Zukunft weiterhin Industrieproduktion, aber mit weniger CO₂-Emissionen ermöglicht wird. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Eiskirch. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Frau Abgeordnete Brems das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen von CDU und FDP, wenn Sie schon in der Vergangenheit dafür waren, dass die Einnahmen, die aus NRW kommen, auch nach NRW zurückfließen, ist das umso besser. Dann können Sie auch in Zukunft dafür sein.

Herr Lienenkämper und Herr Brockes, bei Ihnen hörte es sich so an, als würden die Einnahmen völlig und auf jeden Fall in den Klimaschutz fließen. Im Entwurf des Treibhausgasemissionshandelsgesetzes ist das allerdings überhaupt nicht verankert. Deswegen wundere mich Ihre Aussagen schon ein bisschen.

Herr Deppe, auf Ihre Ausführungen möchte ich auch eingehen. Leider haben sich in Ihre Rede mehrere Gedankenfehler eingeschlichen. Ich kann

und möchte nur auf einen Fehler eingehen. Natürlich bekommen nicht die Unternehmen, die Emissionszertifikate für CO₂-Emissionen kaufen müssen, das gleiche Geld zurück – erst recht nicht, um damit wer weiß was zu machen.

Ganz im Gegenteil: NRW braucht massive Investitionen in den Strukturwandel und in den Klimaschutz. Der ist nicht ideologisch beladen, Herr Brockes, denn sonst wäre auch die Klimapolitik der Kanzlerin grün-ideologisch beladen.

Ich freue mich jedenfalls über Ihre Aussagen zu konstruktiven Auseinandersetzungen. Ich freue mich auf die konstruktive Auseinandersetzung im Ausschuss im Sinne des Klimaschutzes und im Sinne von Nordrhein-Westfalen.

Ich hoffe allerdings, Herr Brockes, dass Sie dann zum Inhalt des Antrags und nicht zum ideologisch beladenen Atom- – Verzeihung – Energiekonzept der Bundesregierung sprechen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Brems. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Abruszat das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Kai Abruszat (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vieles ist gesagt worden zum Thema. Ich möchte noch zwei taktische Aspekte im Hinblick auf die Frage einfügen, wie man mit einem solchen Antrag umgeht.

Herr Minister Remmel, mich interessiert schon sehr, ob Sie nachgefragt haben, wie beispielsweise Herr Beck in Rheinland-Pfalz, Herr Böhrnsen in Bremen oder Herr Platzeck in Brandenburg es finden, dass Nordrhein-Westfalen 44 % beansprucht. Es ist blauäugig, zu glauben, dass solche Anliegen Aussicht auf Erfolg haben. Das hat mit der Realität nicht viel zu tun.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Wir tun viel mehr gut daran, auch hier noch einmal die Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten.

Frau Kollegin Brems, wir können und müssen festhalten, dass im Energiekonzept der Bundesregierung für den Emissionshandel verankert ist, dass der Löwenanteil der Einnahmen zur Senkung der Treibhausgasemissionen eingesetzt wird. Das können Sie nicht wegdiskutieren. Gleiches gilt für die Steigerung des Anteils bei den erneuerbaren Energien. Es hier vieles gesagt worden, auch zum Thema „Elektromobilität“.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)

Ich glaube, dass dieser Antrag viele Selbstverständlichkeiten enthält. Punkt 1, der eine Selbstverständlichkeit und auch Realität ist, kann man sicherlich

zustimmen. Der zweite Punkt ist sicherlich anders zu behandeln. Auf die taktischen Fragen habe ich hingewiesen.

Jedenfalls sind wir nicht dafür zuständig, uns beim Bund dafür einzusetzen, dass die Umsetzung Ihrer Wahlversprechen von Berlin finanziert wird, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das muss klar sein. Dafür können Sie uns natürlich nicht als Verbündete gewinnen. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke sehr, Herr Abruszat. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Remmel.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will versuchen – das wird wahrscheinlich nicht mein letzter Versuch sein –, die ideologischen Nebelwolken von – zugegebenermaßen – allen Seiten ein bisschen beiseite zu rücken.

(Lachen von der CDU)

Lassen Sie uns doch mal über die Basics reden. Lassen Sie uns darüber reden, was wir in Nordrhein-Westfalen vielleicht gemeinsam wollen. Wollen wir nicht doch die Stadtwerke gemeinsam unterstützen? Wollen wir nicht die Kommunen unterstützen? Wollen wir nicht vielleicht in der Frage der Gebäudesanierung, die nicht ideologischer Natur ist, gemeinsam vorgehen? Oder wollen Sie die auch aufladen? Derzeit haben wir eine Gebäudebestandsanierung von unter 1 %. Um die gemeinsamen Ziele zu erreichen, müssen wir in den Bereich von 3 % kommen.

Da müssen Sie doch genauso wie wir die Frage beantworten: Woher soll das Geld dafür kommen? Das ist höchst effizient eingesetztes Geld, denn es unterstützt die Gebäudeeigentümer, es unterstützt die Mieterinnen und Mieter, weil sich die zweite Miete vielleicht verringert. Es unterstützt natürlich auch die Handwerkerinnen und Handwerker. Also es ist für Nordrhein-Westfalen.

Herr Deppe, CO₂-Senken gibt es in Nordrhein-Westfalen in großem Umfang. Wir haben viele Gebäude aus den 50er- und 60er-Jahren, die dringend saniert werden müssen. Wir haben hier große Chancen.

Das Gleiche gilt für die Kraft-Wärme-Kopplung. Es gibt kein Land, in dem eine so hohe Bevölkerungsdichte so viele Möglichkeiten für Kraft-Wärme-Kopplung, für Fern- und Nahwärmeversorgung bietet wie in Nordrhein-Westfalen. Auch darüber dürfen wir doch eigentlich keine ideologische Auseinandersetzung führen. Die Stadtwerke bemühen sich zurzeit, einen großen Fernwärmenetzverbund

im Ruhrgebiet hinzubekommen. Das wird Investitionen für die nächsten Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte brauchen, wenn wir unsere gemeinsamen Ziele erreichen wollen. Auch da muss die Frage beantwortet werden: Brauchen wir nicht noch zusätzliches Geld, um die Investitionen vielleicht noch schneller voranzubringen?

Herr Deppe, an anderer Stelle setzen Sie sich doch genauso wie wir für energieintensive Unternehmen ein, die es zugegebenermaßen besonders schwer haben, mit der neuen Systematik klarzukommen. Das betrifft zum Beispiel die Stahlproduktion, die Aluminium- und die Chemieindustrie, die energieintensiv sind. Auch da müssen wir doch gemeinsam schauen, die Mittel, die über den Emissionshandel zu erzielen sind, so einzusetzen, dass wir vielleicht zu energieeffizienteren Erzeugungen kommen, dass wir die Kraft-Wärme-Kopplung dort organisieren, wo immer Wärmesenken möglich sind. Auch dafür brauchen wir Geld. Es ist doch nicht so, dass wir keine Begründung dafür hätten, in Nordrhein-Westfalen solche CO₂-Senken nicht tatsächlich zu haben. Deshalb müssen wir uns zusammen aufstellen.

Deshalb verstehe ich nicht, warum Sie die strategische Aufgabe nicht darin sehen, zu sagen: Komm, lass uns mal die sonstigen Auseinandersetzungen beiseite nehmen und zusammen überlegen, wie wir das hinbekommen können. – Es zeigt sich doch auch an anderer Stelle, dass wir, immer wenn wir uns auf der Megaebene auseinandersetzen, vermeintlich weil wir Position beziehen müssen, um uns politisch nach außen entsprechend zu präsentieren, auf der Strecke, was nordrhein-westfälische Interessen angeht, verlieren.

Das haben wir im Verkehrsbereich gesehen: Die Entwicklung über lange Jahre führt dazu, dass nicht in Nordrhein-Westfalen die Hauptschwerpunkte der Investitionen der Bundesregierung liegen. Das gilt jeweils wechselseitig; ich mache da keine Vorwürfe an eine Seite. Immer wenn wir hier Streit hatten, hat die Bundesebene das Geld schön an andere Bundesländer verteilt. Dasselbe darf uns beim Emissionshandel und den dortigen Geldern nicht auch passieren. Deshalb brauchen wir hier eine Aufstellung. Wir müssen auf die Situation warten, das gemeinsam präsentieren zu können.

Natürlich haben Herr Beck und Herr Böhrnsen andere Interessen. Wenn wir uns aber nicht positionieren und nicht aufstellen, werden wir gar nichts erreichen. Auch hier gilt: Wer nicht kämpft, der hat schon verloren. Wir müssen für Nordrhein-Westfalen, unsere Möglichkeiten, unsere Arbeitsplätze und den Klimaschutz kämpfen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Deshalb noch einmal der dringende Appell: Lassen Sie uns hier gemeinsam vorangehen, und lassen

Sie uns nicht da, wo wir eigentlich einig sind, zerstreuen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Minister Remmel.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des Antrags der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – es handelt sich um die **Drucksache 15/476** – an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? – Die Fraktionen von FDP, CDU, Grünen, SPD und Linker. Irgendjemand, der dagegen stimmt? – Nein. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

4 Überführung der Übertragungsnetze in Landeseigentum; Prüfung eines Kaufgebotes durch die Landesregierung

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/466

Für die antragstellende Fraktion spricht Herr Aggelidis.

Michael Aggelidis (LINKE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke und damit noch mehr strahlender Müll für Tausende Jahre erklärt sich aus der immensen Machtballung der Atomkonzerne und ihrer engen Verfilzung mit der schwarzen Regierung.

Schon der sogenannte Atomausstieg der Regierung Schröder war ein gebrochenes Wahlversprechen. Der sofortige Ausstieg war damals möglich. Und er ist heute möglich und dringend nötig, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deshalb müssen wir heute über Macht und Geld reden.

Die Macht der Strommonopole – wirtschaftswissenschaftlich korrekt formuliert: die oligopolistische Angebotsstruktur – zu brechen, ist Voraussetzung für eine ökologische, nachhaltige und demokratische Energiepolitik in diesem Land. Die Linke scheut sich nicht, zu sagen: Wir wollen die Energiekonzerne vergesellschaften. Nur so kann die Stromerzeugung wirksam dezentralisiert und kommunalisiert werden. Nur so kann die Stromer-